

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Prohantsschrift: Tagesblatt Rieser.  
Journ. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rats der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Reich.

Postfachkonto: Dresden 153.  
Kontoführer: Rieser Nr. 52.

Nr. 8.

Montag, 11. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Kollisionsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Der überraschende Entschluß des Reichspräsidenten.

an. Berlin. In der Frage der Regierungsbildung ist am Sonntag durch den Entschluß des Reichspräsidenten von Hindenburg, vor der Beauftragung einer bestimmten Persönlichkeit erst die bevorstehenden Fraktionsbeschlüsse abzuwarten, eine überraschende Wendung eingetreten. In den Kreisen, die dem Reichskanzler Dr. Luther nahesteht, hatte man dessen Betätigung noch für Sonntag abend erwartet, nachdem die politischen Minister des bisherigen Kabinetts, Dr. Stresemann, Dr. Gehrke, Dr. Baumbach und Stinnes-Lage ihre Vereinfachung ausgesprochen hatten, einem neuen Ministerium Luther wieder anzugehören. Es mußten für den Reichspräsidenten ganz besondere Umstände mitgesprochen haben, daß er, anstatt den Vorschlägen Dr. Luthers zu folgen, einen neuen Versuch mit der Großen Koalition unternimmt. Hierbei ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß der Reichspräsident nicht ohne vorherige Rücksprache mit den Parteiführern eine Betätigung ausprechen möchte, die ihm möglicherweise von den anderen Parteien verurteilt werden würde.

Das Zentrum hat sich nunmehr in Anbetracht der Tatsache, daß ihm für die Leitung seiner Vorstände freie Hand geblieben war, nunmehr wiederum auf die Große Koalition festgelegt. Wenn am Montag die Führer des Zentrums und der Demokraten in der Lage sein werden, dem Reichspräsidenten positive Anhaltspunkte für ihre Bestrebungen hinsichtlich der Bildung einer Regierung der Großen Koalition zu geben, so würde damit wahrscheinlich die Betätigung des Zentrumsführers Dr. Marx mit der Kabinettsbildung in den Bereich der Erwägungen gestellt werden, zumal die Initiative vom Zentrum ausgegangen war und dementsprechend ein Zentrumspolitiker die Verhandlungen zu führen hätte. Allerdings muß man erst abwarten, zu welchem Ergebnis die Besprechung am Montag führen wird.

Selbstverständlich kommt eine Betätigung Dr. Luthers auch jetzt noch in Frage, wenn die Besuche mit der Großen Koalition nicht zum Resultat führen sollten. Die Entscheidung der Reichsparteien über die Entscheidung des Reichspräsidenten dürfte daher nur vorübergehend sein und kaum zu einer Veränderung der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei führen. Im Laufe des Monats wird das Zentrum neue Besprechungen mit der Volkspartei und der Sozialdemokratie abhalten, bei denen die Grundfragen für einen nochmaligen Versuch mit der Großen Koalition geschaffen werden sollen. Wir glauben zu wissen, daß die beiden Mittelparteien bis spätestens Dienstag oder Mittwoch dem Reichspräsidenten einen endgültigen Bescheid geben müssen, damit nicht noch mehr Zeit mit nutzlosen Versuchen verschwendet werden wird. Die Entscheidung über die Regierungsfrage kann demnach nicht vor Mittwoch in Frage kommen, da die Reichstagsfraktionen erst am Dienstag ihre Beratungen abhalten werden. In einigen politischen Kreisen wird übrigens ziemlich bestimmt versichert, daß die Betätigung einer Persönlichkeit mit der Regierungsbildung erst am Mittwoch erfolgen soll, und daß diesem der Weg eingeschlagen werden dürfte, erst unter den Parteien zu verhandeln und dann eine Persönlichkeit in Front zu stellen.

Die Vermutung, daß Reichskanzler Dr. Luther es selbst gewünscht habe, die Fraktionsbeschlüsse abzuwarten, dürfte sich kaum bestätigen. Unser Wissen nach wollte Dr. Luther seine weitere Zeit verlieren und schon am Montag die Bemühungen zur Kabinettsbildung aufnehmen. Wenn er jetzt durch die Entscheidung des Reichspräsidenten gezwungen wird, abermals in den Hintergrund zu treten, so bedeutet dies für ihn vorübergehend zweifellos eine harte Beeinträchtigung seiner politischen Position gegenüber den Parteien. Trotzdem glaubt die Deutsche Volkspartei nach wie vor an eine spätere Berufung Dr. Luthers, da sie auf alle Fälle zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht die geringsten Hoffnungen setzt.

## Wie Frankreich Propaganda macht?

In Frankreich ist man sehr eifrig bemüht, durch eine ausgefallene Propaganda die Ziele der französischen Wapolitik im Ausland zu machen. Wir haben festgestellt, daß in den belebten Gebieten am Rhein jahrelang ein französisches Blatt in deutscher Sprache erschienen konnte, das Tag für Tag die Deutschen über die Kultur und die Sitten des französischen Volkes belehren sollte. Das Blatt verfügte über eine feste Bestimmung, als es gleich zu Beginn seines Erscheinens von denen erkannt wurde, zu denen es sprechen sollte. Sein Erscheinen hat es daher bald eingestellt. Nun hören wir, daß in Paris seit August 1925 ein sogenanntes Pariser Korrespondenzblatt herausgegeben wird, das Organ wird von der Staatsagentur in deutscher Sprache verbreitet und wird zum Teil in deutschsprachigen Gegenden verschickt. In ihrer Propaganda sind die Franzosen manchmal recht naiv. Sie versprechen sich einen großen Erfolg, wenn sie ein solches französisches Blattwerk sogar an deutsche Redaktionen senden. Es wird wohl kaum einen deutschen Redakteur geben, der nicht nach einem kurzen Blick in die Spalten dieser Zeitung erkennt, um was es sich handelt und daher diese Pariser Sendung dahin verwerft, wo sie hingehört — in den Papierkorb. Ueber den Inhalt, der in dieser Korrespondenz zu finden ist, erübrigt es sich zu sprechen. Es wäre nur interessant festzustellen, ob hinter diesem Organ offizielle Kreise Frankreichs stehen. Wir haben ja schließlich so etwas wie einen Locarnovertrag abgeschlossen, einen Vertrag, in dem so

## Das Zentrum für die Große Koalition.

### Der Reichsparteivorstand und die Fraktionsvorstände der Zentrumspartei

des Reichstages und des Preussischen Landtages beschäftigten sich in ihrer Sitzung am Sonntag, die sich von 11 Uhr vormittags bis nach 8 Uhr abends mit einer kurzen Mittagspause hingen, mit der politischen Lage. In der neunten Abendrunde wurde folgende offizielle

Kommunikation

ausgegeben: Am 10. Januar tagten im Reichstagsgebäude der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei und die Vorstände der Zentrumsfaktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages. In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not weitestgehender Zustimmung einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breiter Grundlage berufen sein kann. Das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung könne sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zielstrebigsten, friedlichen Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Befriedung der Wirtschaft und der Verringerung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es und für eine Volkspartei unethisch, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Staatskrise heraufzubeschwören. Sie würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitermassen, führen. Die Versammlung erwartet daher von der Zentrumsfraktion des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel aufbietet, eine solche Entwicklung zu verhindern.

### Die Sozialdemokratie in Hessen für die Große Koalition.

Am Sonntag fand in Kassel eine Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensleute des Bezirkes Hessen-Kassel statt, auf der Abg. Scheidemann über die Frage der Regierungsbildung sprach. Seinem Vortrage folgte eine längere Diskussion, nach der mit 130 gegen eine Stimme folgende

etwas von einem Geist von Locarno enthalten sein soll. Dieser so friedliche Geist verpflichtet. Er verlangt vor allen Dingen, daß diejenigen, die ihn in sich aufzulösen haben, in ihren Kampf- und Propagandamethoden etwas friedlichere Seiten anlagern als vormals. Dies müßten sich die Herren an der Seine gefallen lassen, die mit so enger Befähigung dieses Nachwort in die Welt senden.

## Der Auswärtige Ausschuss zur Stellenbesetzung im Völkerverbund.

abg. Berlin. In mehrstündiger Sitzung beschäftigte sich der Auswärtige Ausschuss des Reichstages am Sonntag abend mit der Frage der Stellenbesetzung im Völkerverbund, wie sie sich in letzter Zeit in beständigem Vorfrieden dargestellt hat. Die anwesenden Parteien, Sozialdemokraten und Zentrum, brachten einen Antrag durch, der entgegen der sonstigen Gepflogenheit das Ergebnis der Auswahlsprechungen über diese Frage der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

ergriff zweimal das Wort, um zunächst den Sachverhalt darzustellen, wie er bereits in den Erklärungen des Auswärtigen Amtes der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Darüber hinaus bemerkte er, daß der deutsche Generalkonsul in Genf nur seine Pflicht getan habe. Welche Vorschläge die Reichsregierung für die Besetzung der Posen im Völkerverbund machen werde, habe noch dahin. Das Auswärtige Amt allein könne überhaupt nur für wenige Stellen in Frage. Der Minister äußerte sich auch zu dem Vorwurf, daß die als sein Organ angesprochene „Tägliche Rundschau“ die Nachricht des „Tag“ offiziell bestätigt habe. Er, der Außenminister, habe zum Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, Müller, als früherem Fraktionskollegen gute persönliche Beziehungen. Im übrigen sei die „Tägliche Rundschau“ nicht in höherem Grade sein Organ als andere Blätter der Deutschen Volkspartei. Der Minister vertrat den Standpunkt, daß die Verantwortlichkeit, die im Völkerverbundsekretariat arbeiten sollen, eine sehr starke Kenntnis auf dem Spezialgebiet haben müßten, daß sie eine gewisse Verwaltungssprache besitzen müßten. Man müsse abwarten, wie die Entwicklung gehe. Das Auswärtige Amt sei von der Presse sehr ganz deutlich abgerückt. Prinzipiell sei es das Recht jeder Partei, bei der Besetzung der fraglichen Stellen Vorschläge zu machen. Nach der persönlichen Meinung des Außenministers sei es jedoch wünschenswert, wenn es bei der Nominierung mit dem Auswärtigen Amt geblieben wäre.

Den Niederschlag der Ausführungen der einzelnen Parteiführer bilden einige angenommene

Anträge.

In denen gesagt wird, daß für die Behauptung, die Sozialdemokratische Partei oder führende Parteimitglieder hätten Einwirkungen ausgeübt von Parteimitgliedern verurteilt, jede tatsächliche Unterlage fehle. Die gegen das Zentrum gerichtete Behauptung gründe sich ausschließlich auf den von

### Entscheidung

angenommen wurde: „Die Vertrauensleute des Bezirkes Hessen-Kassel erwarten von der Reichstagsfraktion, daß sie mit allen geeigneten Mitteln dahin wirkt, daß die Parteien, die die Weimarer Verfassung geschaffen haben, die Reichsregierung übernehmen. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Vertrauensparteien nur unter Einwirkung der Deutschen Volkspartei als Große Koalition eine Reichsregierung bilden können, muß im Interesse der Republik und der Zusammenarbeit der republikanischen Parteien auch die Große Koalition eingegangen werden. Die Vertrauensleute sind der Meinung, daß neben den bisherigen Erklärungen eine Zusage der Volkspartei bezug auf die Fortführung der Sozialpolitik die Voraussetzung dafür ist,

## Die Demokraten nach wie vor für die Große Koalition.

Wie die Montagsspitze wissen will, werde der demokratische Führer Abg. Koch dem Reichspräsidenten in der heutigen Unterredung mitteilen, daß die Demokraten nach wie vor nur eine Reichsregierung auf der Grundlage der Großen Koalition für möglich halten, weil keine andere Koalition nach dem Ausschneiden der Deutschnationalen im Reichstag über eine Mehrheit verfüge.

### Zur Frage der Großen Koalition.

Berlin. (Frankfurt.) Wie die HZ. wissen will, besteht in volksparteilichen Kreisen keine prinzipielle Abneigung gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Es sei denn, daß als Vorbedingung der Koalitionsbildung derartige Forderungen aufgestellt werden, die die Volkspartei nicht auf lange Zeit verpflichten zu können glaubt.

Außer dem Empfang der Parteiführer findet heute Mittag der Empfang des bulgarischen Gesandten Popoff bei Hindenburg statt. Dadurch werden, wie das Blatt dazu bemerkt, am besten die Gerüchte widerlegt, die von einer Erkrankung des Reichspräsidenten wissen wollten.

privater Seite angeregten Brief des Abg. Marx, von dem das Auswärtige Amt verhandelt war. Ein weiterer angenommener Antrag stellt fest, daß keinerlei Tatsachen vorliegen oder bekannt geworden sind, aus denen sich der Vorwurf irgend eines inoffiziellen Verhaltens gegen den Generalkonsul Schumann oder einen Beamten des Auswärtigen Amtes herleiten läßt.

Darauf verzichtete sich der Ausschuss.

## Eine Blüte des französischen Chauvinismus.

In Nummer 13, Jahrgang 1925, der französischen Zeitschrift „Chimie et Industrie“ findet sich ein bemerkenswerter Artikel des stellvertretenden Vorsitzenden des französischen Komitees für Luftschiffahrt Andre Michail über die Aufgaben, die sich dieses Komitee gestellt hat. Darin heißt es u. a.: Das Komitee hat es sich zur Aufgabe gemacht, in erster Linie bei den Verbündeten Frankreichs und deren Behörden, jedoch auch in allen anderen Ländern, Deutschland vollkommen einzuführen und Propaganda dafür zu machen, daß diese vernünftige Kooperation gegen Deutschland vorbereiten. Sollte Deutschland einmal nicht weiter tun wollen was Frankreich will, so müssen die Alliierten Verbände der Alliierten nach einem einheitlichen Plan gleichzeitig Köln, Essen, Hamburg, München und Berlin mit Bomben bewerkeln. Die Alliierten müssen sich durch ein schriftliches Übereinkommen verpflichten, für diesen Zweck in jedem Augenblick eine bestimmte Anzahl Bombenflugzeuge in Bereitschaft zu halten. Diese müssen hinsichtlich ihrer Zahl als ihrer Wirkungsmöglichkeit mindestens doppelt so groß sein als die des Feindes. Nimmt man an, daß es Deutschland und Rußland möglich sein würde, 2000 Flugzeuge auszurufen, so müssen die Alliierten ständig 4000 Flugzeuge kurz bereit halten. Diese wären am besten folgendermaßen zu verteilen: Frankreich 1200, England 1200, Italien 600, Polen und die Tschechoslowakei je 350, Belgien 300 und Dänemark 100. Die Angriffsziele der verschiedenen Mächte müßten Städte sein, die den Grenzen der betreffenden Länder am nächsten liegen. Dänemark würde also den Norddeutschen Kanal und Hamburg angreifen, Polen Berlin, Breslau und Königsberg, die Tschechoslowakei München, Nürnberg, Leipzig und Dresden.

Der Artikel schließt: Das Komitee wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für diesen Plan wirken und alle seine Kraft einsetzen für dessen Annahme durch sämtliche in Betracht kommende Staaten. — Mit dem „Geist von Locarno“ sind diese Auslassungen schwer zu vereinbaren.

### Eine Falschmünzerbande verhaftet.

Berlin. Eine vierköpfige Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von englischen 5 Pf.-Noten betrafte, konnte nach längeren Erhebungen von Beamten der Falschgeldabteilung der Reichsbank festgenommen werden. Die Falschmünzer reichen bis in das Jahr 1924 zurück. Bislang sind 50 Stück der falschen Scheine aufgetaucht. Die vier Falschmünzer haben nach längerem Zeugnissen ein Geständnis abgelegt. Sie wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.